

## Rede zum Haushalt der Stadt Gütersloh 2020

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schulz,  
sehr geehrter Verwaltungsvorstand,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren von der Presse,  
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne,

das Jahr 2019 ist geprägt von den Aktionen der Bewegung Fridays for future. Die jungen Menschen fordern uns auf, ja sie fordern von uns, aktiv für den Klimaschutz einzutreten. Nicht durch Reden, sondern durch Handeln. „Jetzt handeln!“ ist die Devise.

„Wir haben keinen Planet B“  
„Es geht um unsere Welt“  
„Unsere Umwelt ist nicht erneuerbar“  
„Wir sitzen alle in einem Boot“  
„Bäume ermöglichen Leben“

Das sind Beispiele für Sprüche und Forderungen auf Plakaten der jungen Menschen von Fridays for Future auf den Demonstrationen in Gütersloh. Damit macht uns die Fridays For Future-Bewegung in Gütersloh deutlich, dass wir in der Vergangenheit zu wenig für den Umwelt- und Klimaschutz erreicht oder getan haben. Und diesen Forderungen haben sich mittlerweile Menschen aller Altersgruppen angeschlossen. „Richtig so“, sagen wir als Grüne natürlich, „das bestärkt uns!“

Wir alle werden aufgefordert: „Handelt jetzt, schnell, entschieden.“ Mit Recht wird auch von uns Ratspolitikerinnen und -politikern in Gütersloh verlangt, konkrete zusätzliche Maßnahmen zum Klimaschutz zu beschließen und für die Umsetzung zu sorgen.

Wir haben in Gütersloh am 11. Juli 2019 gemeinsam im Rat einen wegweisenden Beschluss zum Klimaschutz gefasst, der uns die Richtung vorgibt. Damit bekennen wir uns dazu, dem Klimaschutz eine hohe Priorität einzuräumen und noch stärkere Anstrengungen zur Erreichung von Klimaschutzziele zu unternehmen, Schwerpunktmaßnahmen kurzfristig umzusetzen und die erforderlichen Mittel dafür einzuplanen. Da ist es für uns folgerichtig, in den Haushalt Ressourcen dafür einzustellen.

Damit die Maßnahmen konkret geplant und die Umsetzung begleitet wird, haben wir eine Stelle für eine/einen Klimaschutzmanager\*in mit dem Schwerpunkt klimafreundliche Mobilität beantragt. Diese Person soll sich insbesondere auf die im Klimaschutzantrag beschlossenen zusätzlichen Maßnahmen zur Förderung der Fußverkehrs, des Radverkehrs sowie des öffentlichen Personennahverkehrs konzentrieren. Auch die TWE-Reaktivierung, die zu unserer Freude richtig Fahrt aufgenommen hat, muss bedacht und bei allen Überlegungen zum ÖPNV berücksichtigt werden.

Für uns ist es wichtig, damit eine stadtverträgliche, klimafreundliche Mobilität zum zentralen Ziel in Gütersloh zu erheben, denn sie ist unverzichtbarer Baustein für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Wir brauchen dieses Engagement in Gütersloh für eine Mobilitätswende und damit für den Klimaschutz.

Klimaschutz? Mobilitätswende? Das ist offensichtlich noch nicht in allen Köpfen präsent. Dieser Eindruck drängt sich jedenfalls auf, wenn man an die verstaubten, alten Straßenplanungen denkt, die die CDU-/FDP-Landesregierung plötzlich wieder auf den Tisch bringt. Jahrzehnte alte Planungen für den vierspurigen Ausbau der B61 nach Bielefeld und nach Rheda-Wiedenbrück – zu allem Überfluss vermutlich mit der Abholzung von vielen Bäumen verbunden – ist völlig unzeitgemäß, hat mit zukunftsfähiger Verkehrsentwicklung und mit der Mobilitätswende nichts zu tun. Genauso lehnen wir die Umgehungsstraße für Friedrichsdorf nach wie vor strikt ab.

Sie führt uns nicht weiter zu dem Ziel, eine gute Lebensqualität in Friedrichsdorf zu erhalten, zu schaffen und sicherzustellen.

Im Sinne der erforderlichen Mobilitätswende müssen wir zum Beispiel an eine konsequente Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs denken, Bus- und Bahnfahren einfach, bequem und kostengünstig machen, gute schnelle Radverbindungen als Alternativen zum Autofahren schaffen, Rad- und Fußverkehr stärken, Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel ermöglichen, privates Car-Sharing fördern und Dienstleistungen wie Car-, Bike-, Ride-Sharing unterstützen.

Wir sind zufrieden, dass die von uns beantragte Stelle einer/eines weiteren Klimaschutzmanager\*in mit dem Schwerpunkt klimafreundliche Mobilität grundsätzlich beschlossen wurde - einstimmig. Jetzt ist noch zu klären, wo diese Stelle am besten angesiedelt wird und wie sie im Kontext mit den anderen Stellen im Verkehrs- und Planungsbereich inhaltlich aufgestellt werden soll, um wirkungsvoll zu arbeiten.

Außerdem werden auf Antrag von CDU und uns Grünen für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen im Jahr 2020 125.000 Euro bereitgestellt. Über dieses Budget können ausdrücklich auch vom Klimabeirat initiierte und vorgeschlagene Maßnahmen finanziert werden. Unser klares Ziel ist es, dieses Budget in Abhängigkeit von konkret umzusetzenden Maßnahmen zu verstetigen und auch in den folgenden Jahren ausreichende Mittel für den Klimaschutz bereit zu stellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
kommen wir zum Thema 3. Gesamtschule.

Großer Streitpunkt der letzten Wochen war und ist noch immer die 3. Gesamtschule. Kaum ein Thema in den vergangenen Jahren, auf das wir so oft angesprochen wurden. Schwer zu glauben, auch für uns, aber wahr: wir haben auch nach 7 Wochen noch keine konkreten Zahlen bekommen, die uns in die Lage versetzen, auf drängende Fragen antworten zu können. Fragen wie: Warum sind die Kosten derart explodiert? Warum wurden wir nicht früher darüber informiert? Was ist bei der Planung und beim Bau der 3. Gesamtschule passiert? Welche Kosten sind im Einzelnen für die Steigerungen verantwortlich? Wie sind die Entscheidungs- und Informationswege? Usw. usw. Auf alle diese und viele weitere Fragen, haben wir

bisher nur unzureichende oder gar keine Antworten vom Geschäftsbereich 2 Bau und Verkehr bekommen.

Es wird zu beurteilen sein, ob der Geschäftsbereich nach unserem Grundsatzbeschluss für die 3. Gesamtschule überhaupt legitimiert war, über Investitionen zu entscheiden, die die veranschlagten Kosten in dieser Höhe übersteigen und ob er legitimiert war, Aufträge in diesem Umfang zu vergeben.

Frau Herrling, warum geben Sie uns und den Bürgerinnen und Bürgern keine Antworten auf die Fragen? Schließlich handelt es sich um Steuergelder der Gütersloher Bürgerinnen und Bürger, die dafür ausgegeben werden sollen. Hier ist ungeheuer viel Vertrauen verloren gegangen, Frau Herrling, sowohl gegenüber uns Kommunalpolitiker\*innen als auch gegenüber allen Bürger\*innen dieser Stadt. Wir haben bisher keine Vorschläge von Ihnen vernommen, wie dieses Vertrauen wieder hergestellt werden soll. Es fehlt uns die Zuversicht, dass unter den jetzigen Gegebenheiten im Geschäftsbereich 2 die notwendigen Aufgaben bei den anstehenden Baumaßnahmen zu bewältigen sind.

Mit uns wird es daher kein „weiter so“ geben. Wir übernehmen nicht die Verantwortung für Fehler, die andere gemacht haben. Und genau das würden wir tun, wenn wir den vorgeschlagenen Haushaltsansätzen für die 3. Gesamtschule für die nächsten Jahre zustimmen würden. Das tun wir so nicht. Deshalb haben wir gemeinsam mit der CDU einen Antrag gestellt, der die Investitionen mit einem Sperrvermerk belegt und unter den Vorbehalt einer Freigabe durch den zuständigen Ausschuss stellt. Das gilt auch für alle anstehenden Vergaben. Abweichungen vom Konzept sind zukünftig vom Ausschuss zu beraten und zu beschließen. Alles, was möglich ist, soll nochmal auf den Prüfstand gestellt werden. Fehlende Beschlüsse müssen nachgeholt werden. Unser Ziel ist es, Transparenz für den weiteren Prozess zu schaffen und in den betroffenen Ausschüssen offen über weitere Baumaßnahmen zu beraten und zu beschließen.

Einen Stillstand beim Weiterbau der 3. Gesamtschule darf es jedoch nicht geben. Die Räumlichkeiten für die im Sommer neu aufzunehmenden Schülerinnen und Schüler müssen dann fertiggestellt sein. Deshalb fallen die Mittel, die bereits als Verpflichtungsermächtigungen für 2020 und 2021 beschlossen und bereitgestellt wurden, nicht unter diesen Sperrvermerk. Laufende Verträge werden natürlich nicht aufgehoben. Wir setzen uns dafür ein, dass Entscheidungen nachvollziehbar gefällt werden und zukünftig volle Transparenz besteht. Das brauchen wir.

Es steht außer Frage: Wir Grüne möchten eine gute, zukunftsfähige 3. Gesamtschule. Die wird Geld kosten. Das ist uns allen klar. Aber Politik muss darüber entscheiden, wie die Schule werden soll, welche Standards wir uns erlauben möchten und können.

Wir dürfen aber über diesen ganzen Ärger die anderen drängenden Aufgaben im Schulbereich nicht vergessen. Auch dafür müssen finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Die Offenen Ganztagschulen werden beispielsweise gerade einer Untersuchung unterzogen. Ziel der Grünen ist eine dem Bedarf angepasste, qualitativ hochwertige Betreuung sicherzustellen. Uns ist klar, dass ein solches Ganztagsangebot auch die baulich passenden Rahmenbedingungen in Form von geeigneten und angemessenen Räumlichkeiten benötigt. Die ersten Gelder für die Umsetzung sind eingestellt. Allerdings werden wir zukünftig deutlich mehr Mittel benötigen, insbesondere für die Anpassung und Ertüchtigung der vorhandenen Grundschulgebäude und ggf. auch für Erweiterungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir freuen uns, dass endlich beschlossen wurde, eine Wohnungsgesellschaft in Gütersloh zu gründen, die es sich zum vordringlichen Ziel macht, bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt zu schaffen und zu verwalten. Darauf haben wir lange gewartet. Jetzt ist das Startsignal dafür gegeben und wir sollten zügig an der konkreten Ausgestaltung dieser Gesellschaft arbeiten.

Kommen wir zum Stellenplan:

Wir stimmen dem Stellenplan zu. Neue Stellen zum Beispiel im sozialen Bereich werden damit geschaffen. Während der politischen Beratungen hat es nochmal Veränderungen gegeben, über die wir heute mit dem Stellenplan endgültig abstimmen. Insgesamt werden wieder etwa 20 neue Stellen geschaffen. Dies ist notwendig, da die Verwaltung handlungsfähig bleiben muss. Angesichts steigender Einwohnerzahlen einerseits und vor dem Hintergrund sich ausweitender Aufgaben und Anforderungen andererseits.

Die sogenannten kw.-Vermerke (zukünftig wegfallend) bei 14,5 Reinigungskräften werden gestrichen. Uns ist klar, dass wir in den nächsten Monaten darüber

entscheiden müssen, wie die Schulreinigung optimiert werden kann. Es werden vermutlich zukünftig sowohl weitere städtische Reinigungskräfte als auch Fremdreinigungsfirmen eingesetzt werden. In Abhängigkeit von den Ergebnissen der anstehenden Evaluation an den Schulen werden wir Schritt für Schritt und - gegebenenfalls auch unterjährig - Beschlüsse, die vermutlich auch den Stellenplan betreffen, fassen müssen. An diese Zusage halten wir uns.

In der letzten Woche hat uns – überraschend – eine Verschlechterung des Haushalts getroffen: Die Landesregierung NRW weigert sich, den Kommunen die Mittel aus der Integrationspauschale des Bundes weiterzuleiten. Diese Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung kommt die Stadt Gütersloh teuer zu stehen: Über 700.000 Euro müssen zusätzlich für Leistungen für Geflüchtete in den Haushalt eingestellt werden. Das ist aus unserer Sicht ein Unding! Zumal Kommunen wie Gütersloh in den vergangenen Jahren bereits die viel zu niedrig angesetzten Pauschalen für jeden geflüchteten Menschen mit kommunalen Mitteln ausgeglichen - also selbst draufgelegt - haben. Weil wir diese Tatsache für nicht hinnehmbar halten – und damit sind wir nicht allein, denn auch der Städte- und Gemeindebund hat sich bereits kritisch geäußert, - werden wir im nächsten Jahr eine Resolution einbringen und fordern, dass die Gelder des Bundes an die Kommunen fließen müssen. Das kündigen wir hier schon mal an. Wir hoffen im Sinne der kommunalen Familie auf Unterstützung des Gütersloher Rates.

Frau Lang hat uns für 2020 – nach einigen sehr positiven Jahren- einen Haushalt mit einem negativen Jahresergebnis vorgelegt. Nach der Einbringung hat sich dieser Fehlbedarf zwar noch einmal reduziert, liegt aber aktuell noch bei 9,2 Mio Euro. Wir wissen nicht, ob das nur eine vorübergehende konjunkturelle Schwäche ist oder ob das tatsächlich eine Entwicklung ist, die sich fortsetzt. Jetzt auf die Bremse zu treten und erstmal abzuwarten ist für uns derzeit nicht der richtige Weg. Erstens haben wir vieles schon beschlossen, was sich auch auf Ausgaben in den nächsten Jahren auswirkt und zweitens bringt eine wachsende Stadt eine dynamische Entwicklung und neue Anforderungen mit sich. Weitere Investitionen in die Zukunft unserer Stadt sind richtig.

Jetzt erweist es sich als großer Vorteil, dass wir eine gut gefüllte Ausgleichsrücklage und gute liquide Rücklagen haben – gebildet aus den Überschüssen der

vergangenen Jahre. Wir wissen aber auch, dass wir die konjunkturelle Lage und die finanziellen Entwicklungen aufmerksam im Blick behalten müssen.

Wir möchten uns bei allen in der Verwaltung bedanken, die uns bei unseren Haushaltsberatungen unterstützt, mit uns diskutiert und unsere Fragen beantwortet haben. Vielen Dank.

Wir Grüne übernehmen auch heute wieder Verantwortung für Gütersloh und für die Handlungsfähigkeit der Verwaltung. Wir haben in den letzten Wochen und Tagen zahlreiche Gespräche geführt, um unsere Positionen und Meinungen auszutauschen. Haben über wichtige Voraussetzungen gesprochen, Kompromisse gesucht, Wege diskutiert. Dieser Haushalt ist ein Kompromiss, ein Geben und Nehmen, nicht alles ist nach unserem Sinne. Vieles geht uns nicht schnell genug, ist zu mühsam, dauert uns zu lange. Aber wir übernehmen die Verantwortung, dass es mit Schwung im nächsten Jahr weitergehen kann.

Denn: „Was wir heute tun, entscheidet, wie die Welt morgen aussieht.“

Dieser Spruch von Marie von Ebner-Eschenbach ist richtig. Er bedeutet:

Was wir heute tun, entscheidet, wie Gütersloh morgen aussieht, aussehen soll.

Daran möchten wir weiter mitwirken und stimmen diesem Haushalt zu.

Ich wünsche Ihnen schöne, entspannte Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr!

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

Birgit Niemann-Hollatz  
Fraktionssprecherin  
Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

---